



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/6

14. Januar 1949

Das Massensterben in der Sowjetzone

sp. In jedem normalen Staate ist es eine Selbstverständlichkeit, daß regelmäßig die Geburten- und Sterbeziffern veröffentlicht werden. Die Höhe der Sterblichkeit ist ein Barometer, an dem man den Stand der Volksgesundheit und der allgemeinen Lebenshaltung ablesen kann. Die Sowjetzone aber gehört zu den ganz wenigen Ländern der Erde, in denen nicht nur die Produktions- und Außenhandelszahlen, sondern auch die Bevölkerungsstatistik als "geheime Reichssache" behandelt werden. Die das verantworten, wissen sehr genau, warum sie so handeln: weil die Veröffentlichung dieser Zahlen die furchtbarste Anklage gegen das verbecherische System der Ostzone wäre. Es würde sich dann nämlich zeigen, daß es wahrscheinlich auch heute noch kaum eine größere Stadt in der ganzen Zone gibt, die nicht - im Gegensatz zu den Verhältnissen in Westdeutschland - Sterbefallüberschüsse von z.T. erschreckender Höhe aufweist. Für 1947 läßt sich das noch an einigen bekanntgewordenen Zahlen nachweisen. In Leipzig z.B. starben 1946 fast 15.000 Menschen, während nur rund 5.300 geboren wurden; im ersten Halbjahr 1947 standen sogar 9.000 Sterbefälle nur 3.600 Geburten gegenüber. Auf die Bevölkerungszahl umgerechnet, bedeutet das eine Sterblichkeitsrate von über 30 Promille, während sie 1937 bei 11 - 12 Promille lag. Die Sterblichkeit war in Leipzig also im ersten Halbjahr 1947 gegenüber der Vorkriegszeit auf mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen! Aber nicht nur in der ernährungsmäßig besonders schlecht gestellten Großstadt Leipzig lagen die Verhältnisse so trostlos. Für einige andere Orte der Zone ließen sich folgende Zahlen ermitteln:

	Geburten	Sterbefälle	Sterbefallüber- schuß
	je 1000 der Bevölkerung		
Stadt Gera (Thüringen), 11 Monate 1947	14,4	21,1	6,7
Boitzenburg (Mecklenburg)	13,2	23,8	4,5

Für einige andere Orte liegen folgende absolute Zahlen vor:

	Geburten	Sterbefälle	Sterbefallüberschuss
Erfurt (1947)	2.389	3.200	811
Eisenach (1947)	632	1.272	590
Altenburg/Thür. (Jan. 48)	85	136	51
Schwerin (1947)	1.367	1.774	407
Stralsund (1947)	695	947	252
Schönberg/Mecklb. (1947)	233	286	53
Landkreis Oschatz/Sa. Januar bis Mai 1947	488	767	279

Ist es vorstellbar, dass selbst eine kleine Stadt wie Stralsund in dem landwirtschaftlich günstigsten Gebiet der Zone einen Sterbefallüberschuss verzeichnet, der mehr als ein Drittel der Geburtenzahl ausmacht? Nordrhein-Westfalen z.B. mit seinen Industriegrossstädten hat selbst in dem harten Winter 1946/47 nur in einem einzigen Monat, dem Februar 1947, einen geringen Sterblichkeitsüberschuss von 0,7 Promille zu verzeichnen, sonst aber immer Geburtenüberschüsse.

Über die Entwicklung im Jahre 1948 hüllten sich die Ämter in undurchdringliches Schweigen. Es lässt sich daher nicht sagen, ob seither die Sterblichkeit gesunken ist. Das Schweigen lässt diese Vermutung nicht zu. Sollte trotzdem das Bild günstiger sein als 1947, denn liegt die Ursache nicht etwa in einer Besserung der Lage (die Nationen liegen noch immer weit unter dem physiologischen Existenzminimum), sondern ausschliesslich darin, dass durch das Massensterben der ersten zweieinhalb Nachkriegsjahre der am meisten anfällige Teil der Bevölkerung bereits hinweggerafft ist. Alle Berichte aus der Zone zeigen, dass als Auswirkung des Hungers besonders die Tuberkulose furchtbare und wachsende Opfer fordert, vor allem bei den Jugendlichen. Aus Sachsen verlautet, dass in den letzten Monaten nicht weniger als 31 Prozent aller Todesfälle auf Tuberkulose entfielen. 1936 waren es in ganz Deutschland nur sechs Prozent. In Niedersachsen, das man als Durchschnitt für die Westzonen nehmen kann, entfielen 1947 6,4 Prozent aller Todesfälle auf Tuberkulose, damit ist also fast der Vorkriegsstand erreicht.

Die SMA hat daher schon vor einiger Zeit angeordnet, dass auf den Totenscheinen anstelle von Tuberkulose andere Todesursachen angegeben werden. Ebenso kennzeichnend ist, dass die SMA die Durchführung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten über Hungerkriege untersagt hat. Die Ergebnisse solcher Forschungsarbeiten wären eine schlechte Illustration zu den anders gearteten Schilderungen der SED-Presse.

Wenn dreieinhalb Jahre nach Kriegsende noch Menschen an Hungersternen sterben müssen, wenn fünfmal soviel Menschen an Tuberkulose zugrundegehen als früher, wenn die Ämter sich scheuen, die Sterbeziffern zu veröffentlichen, dann ist das alles genau so ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie die einstigen Ausrottungslager der Nazis.

Die Spionage-Fälle in USA

Von Gerhart H. Seger, New York.

Seit mehreren Wochen sind die amerikanischen Zeitungen voll von den aufregendsten Berichten über die Entdeckung eines Spionagerings, der vor dem Kriege und während des Krieges funktionierte und vertrauliches Aktenmaterial aus den Ministerien in Washington in die Hände sowjetrussischer Empfänger lieferte.

Die Geschichte begann mit Vernehmungen vor dem Ausschuss des Repräsentantenhauses des Kongresses zur Untersuchung un-amerikanischer Betätigung. Diesem Ausschuss hatten sich als die zwei Hauptbelastungszeugen zwei Personen angeboten, die selber als Kurier des kommunistischen Spionagerings funktioniert hatten: Elizabeth Bentley und Whittaker Chambers. Fräulein Bentley ist inzwischen zum katholischen Glauben übergetreten und befindet sich in einem katholischen Heim. Dagegen steht Whittaker Chambers umso mehr im Vordergrund der sensationellen Affaire. Er war, nachdem er 1939 seine Verbindungen mit der kommunistischen Partei aufgegeben hatte, zu einem der leitenden Redakteure des Wochenmagazins "Time" avanciert; diese Stellung - 30 000 Dollar Jahresgehalt - hat er inzwischen niedergelegt.

Gegenwärtig laufen nun drei Verfahren nebeneinander. Der Ausschuss des Repräsentantenhauses setzt seine Untersuchung fort. Die Strafverfolgungsbehörden haben durch das Bundesbüro für kriminelle Untersuchung, das "Federal Bureau of Investigation", in Amerika immer mit den Initialen "FBI" genannt, eine Untersuchung eingeleitet, die zunächst einmal mit der Anklageerhebung gegen einen früheren hohen Beamten des Außenministeriums, Alger Hiss, wegen Meineids geendet hat; dieser Prozeß wird Ende Februar stattfinden. Man hat den Weg des Meineidsverfahrens gewählt, weil Alger Hiss entschieden alles bestritt, was Chambers ihm vorgeworfen hat. Da der durch Chambers beschuldigte frühere Beamte - nach deutschen Begriffen etwa ein Ministerialdirektor - schon vor dem Parlamentsausschuss alles bestritten hatte, forderte er Chambers auf, die Anklagen außerhalb des Parlaments zu wiederholen, damit er ihn wegen Verleumdung verklagen könne. Chambers tat das in einer Rundfunkrede, und Alger Hiss strengte gegen ihn einen Verleumdungsprozeß an. Dieser Prozeß wird im Januar stattfinden.

Chambers hat bei seinem Abbruch der Beziehungen mit den Kommunisten einen erheblichen Teil der von treulosen Beamten empfangenen Aktenstücke in Form von Mikrofilmen zurückbehalten. Diese Dokumente bilden jetzt das entscheidende Beweismaterial. Der parlamentarische Ausschuss hat den Inhalt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Es handelt sich um Schriftstücke aus dem inneren Verkehr des auswärtigen Amtes, die an sich nicht so bedeutungsvoll sind; allerdings waren sie alle chiffriert, und wenn sie tatsächlich, wie anzunehmen ist, in die Hände der Sowjetbehörden gelangt sind, so hat Rußland

damit jahrelang den Chiffrierungsschlüssel des amerikanischen Staatsdepartements besessen und alles lesen können, was sich an vertraulichen Kommunikationen zwischen Washington und den Botschaften im Auslande abgespielt hat.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß ein solcher Spionagering bestanden hat, vielleicht sogar besteht. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß die kommunistischen Kuriermaterial aus den Regierungsstellen in Washington erhalten haben. Die Frage ist, wer die betreffenden Beamten gewesen sind. Nur wenige Beamte des Staatsdepartements sind im Verfolg dieser Aktion entlassen worden, und nur wenige sind bei dem Beginn der Untersuchung freiwillig ausgeschieden.

Gerade deshalb aber erregt diese Spionageaffäre in den Vereinigten Staaten ein ungeheures Aufsehen, zumal sich in ihrem Verlauf ein mysteriöser Todesfall ereignet hat. Ein früherer Beamter, ebenfalls im Range eines Ministerialdirektors, der inzwischen Direktor eines Instituts für internationalen Studentenaustausch wurde, Dr. Laurence Duggan, wurde plötzlich auf der Straße tot aufgefunden: er war aus dem Fenster seines Arbeitszimmers im sechzehnten Stockwerk eines Wolkenkratzers, gestürzt. Auch er war von Whittaker Chambers als einer der kommunistischen Mitläufer in den Kreisen der höheren Beamtenschaft bezeichnet worden, obwohl Chambers in einem Interview später zugab, daß er ihn persönlich gar nicht kannte, nie von ihm irgend welche Informationen erhalten hatte und seine Anschuldigung nur auf Gerüchte gründete.

Da nach angelsächsischer Rechtsauffassung auch ein Angeklagter solange als unschuldig gilt, bis ihm seine Schuld über jeden Zweifel hinaus schlüssig bewiesen worden ist, befinden sich alle Beteiligten auf freiem Fuße, und weil die Reporter der Tageszeitungen sich keinen besseren Stoff wünschen können, sind die Zeitungen mit spaltenlangen Interviews, Erklärungen und Gegenerklärungen gefüllt. Das wird solange weitergehen, bis die eingeleiteten drei Verfahren zum Abschluß gebracht worden sind.

Der Kreaml und die deutschen Kommunisten

sp. Ein interessantes Schlaglicht auf die Einstellung des Kreaml zum Komitee "Freies Deutschland" und auf die Einschätzung der deutschen Kommunisten durch den Kreaml wirft ein Brief, den der ehemalige Sekretär Dr. Benesch und spätere tschechische Gesandte in Stockholm, Ed. Taborsky, an den "Manchester Guardian" richtete. In einer Unterredung, die im Dezember 1943 im Kreaml stattfand, sagte Stalin zu Benesch: "Seydlitz ist etliche Divisionen wert. Seine Reden sind unbezahlbar und helfen uns in unabsehbarer Weise die Moral der deutschen Armee zu untergraben. Paulus wird ebenfalls eine wichtige Rolle spielen haben. Wenn sie aber ein-

mal ihre Aufgabe erfüllt haben, werden sie verschwinden und dabei machte er eine Geste, mit der man gewöhnlich einem Huhn den Hals abzudrehen pflegt". Einige Tage vorher hatte Bessuch mit Molotow über das deutsche Problem gesprochen. Dieser habe "mit einem teuflischen Grinsen" erklärt: "Deutschland muß aufgeteilt werden, doch dürfen wir im Augenblick unsere wahren Absichten nicht enthüllen, weil wir sonst nur Hitler helfen würden. Wir müssen alles, was in unserer Macht steht, tun, um den Druck auf die Rote Armee zu lockern. Wir werden sogar die deutschen Kommunisten für das gleiche Ziel einspannen - die Deutschen zu zersplittern und die Aufgabe der Roten Armee zu erleichtern." "Diese Versicherungen, zynisch und skrupellos, wie sie klangen, erfüllten", so schreibt Ed. Taborsky; "Dr. Bessuch mit Befriedigung. Er wußte aus verschiedenen Mitteilungen, die ihm aus den höchsten Kreisen der deutschen Armee erreichten, daß viele deutsche Generale im Namen des Kommunismus ebenso marschieren würden wie sie im Namen des Nazismus marschierten, vorausgesetzt, daß es ihnen dadurch ermöglicht würde, die Stärke der deutschen Armee zu behaupten. Deshalb war er so besorgt über die ursprünglichen Absichten der Russen mit Seydlitz und Paulus. Als ihm im Dezember 1943 aber sowohl Stalin als auch Molotow versicherten, daß sie die deutschen Generale nur dazu benutzen würden, ihren Sieg zu beschleunigen, daß sie nach dem Krieg Deutschland aufzuteilen wünschen und daß sie selbst mit den deutschen Kommunisten ein ähnliches Spiel treiben würden, fühlte er sich sehr erleichtert. Damals hatte er nämlich noch volles Vertrauen in Stalins Worte und Zusicherungen. Er dachte, Stalin würde nur mit Deutschland ein doppeltes Spiel spielen. Bald mußte er allerdings erkennen, daß auch er selbst und das ganze tschechische Volk hineingelegt worden waren". Damit ist also einmal mehr bewiesen, daß die deutschen Kommunisten nur das Werkzeug des Kremls sind, und daß Rußland schon lange vor Kriegsende die Spaltung Deutschlands beschlossen hatte!

(B65/141/2/hs)

"Verschonte Mosel"

-ts Trier, Anf. Januar

Bei jeder Gelegenheit betonten die großen Weinhändler und Weingutbesitzer in den vom Krieg verschonten Moselorten, die in ihren prachtvollen Häusern über mehr Räume verfügen als sie mit ihrer Familie bewohnen können, jederzeit bereit zu sein, Flüchtlinge aufzunehmen, wenn sie nur kämen. In Wirklichkeit waren sie aber froh, daß ihnen die Besatzungsmacht diese Sorge vom Halse hielt.

Als die Flüchtlingsfrage auch für die französische Zone akut wurde und die ersten Zahlen über Aufnahmemöglichkeit der französischen Zone veröffentlicht wurden, war man sehr kleinlaut. Die großen Weinhändler und Weingutbesitzer gaben den Behörden zu verstehen, daß man trotz seines großen Hauses nicht mehr mit dem Platz auskomme.

Die Weingeschäfte gingen zu gut, man brauchte plötzlich noch ein Büro, man müßte ein Gästezimmer für die Weinkäufer aus Düsseldorf, Wuppertal, Hamburg oder Bremen, ja selbst ein Badezimmer haben. Man habe ja jetzt endlich ^{das} Geld, um all die Anschaffungen machen zu können. Von den guten Geschäften hätte ja auch die Gemeinde ihre Vorteile. Für Flüchtlinge sei nun bedauerlicherweise kein Platz mehr. Die Behörde möge die Situation berücksichtigen und deshalb bei ihnen keine Einweisungen vornehmen. Daß man seine Post genau wie früher auch im Wohnzimmer erledigen könnte, daß man hier und da auch eine Wand entfernen ließ, um aus zwei Räumen einen zu machen, daß man absichtlich einen Wohnraum in ein Badezimmer verwandelte, um nur keine Flüchtlinge aufzunehmen, all das verschwig man.

Die ersten Flüchtlinge kamen. Die Sorgen der reichen Weinhändler und Weingutbesitzer waren überflüssig, denn auf den ganzen Regierungsbezirk Trier entfielen nur 410 Personen, das ist ein Flüchtling auf 1000 Einwohner. Sie brachte man bei den kleinen Bauern im Hunsrück, im Hochwald und in der Eifel unter. Wenn schon eine Familie in einen Moselort verschlagen wurde, so wurde sie einem kleinen Winzer zugewiesen, dem der Sohn gefallen, die Tochter nach auswärts verheiratet war, und der deshalb einen Raum überzählig hatte.

Hetze gegen die Sozialdemokratie

sp. Den Verteidigern des Ruhrstatuts in der ausländischen Presse beliebt es, die deutschen Sozialdemokraten wegen ihrer Gegnerschaft gegen dieses diplomatische Machwerk als "Nationalisten" hinzustellen. So bringt die Pariser Ausgabe von "New York Herald" einen Bericht ihres Frankfurter Berichterstatters, Edwin Hartrich, unter der ebenso sensationellen wie unsinnigen Überschrift:

Ruhrstreit ändert deutsche Parteistellungen.
Sozialisten sind Nachkriegs-Nationalisten. Rechts-
politiker sind Internationalisten.

Der Text ist womöglich noch unsinniger als die Überschrift. Mr. Hartrich erzählt nämlich, die CDU hätte den Gegenvorschlag gemacht, nicht nur die Ruhr, sondern die gesamten Bodenschätze Europas zu internationalisieren, während die SPD keinen solchen Gegenvorschlag gemacht habe, sondern auf der "Nationalisierung" der Ruhr bestehe.

Jeder, der die Entwicklung der Diskussion über die Ruhrfrage mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, weiß, daß der Vorschlag der allgemeinen Internationalisierung der europäischen Bodenschätze von den deutschen Sozialdemokraten ausgegangen ist und daß sie an ihm heute wie je unverbrüchlich festhalten. Wenn Mr. Hartrich seinen Lesern etwas anderes erzählt, bleibt nur die Frage offen, ob er sie aus Leichtfertigkeit oder aus bösem Willen irreführt. F.St.

Der Unterschied

sp. In Ilseburg hatten sich die Funktionäre der IG-Metall zusammengefunden, so berichtet das SED-Organ "Freiheit", und der Zweck ihrer Tagung war ein intensiver Erfahrungsaustausch über die Methoden ihrer bisherigen gewerkschaftlichen Arbeit. Es war Gelegenheit geboten, im großen Kreis kritisch und selbstkritisch zur eigenen Arbeit Stellung zu nehmen. Das wurde - so zitieren wir wörtlich - "in einer oft selbstgefälligen Art und Weise getan". Man hat also schon von großen Vorbildern gelernt und wird demnächst auch nur noch in Superlativen sprechen und schreiben.

Und nun kommt der Streit innerhalb des brüderlichen Lagers zum Ausbruch über die Sterne und Litzen und Orden, die zu verteilen sind. "Die IG-Metall beansprucht von 28 000 Aktivisten in Sachsen-Anhalt 23 000 für sich. Wir glauben, daß es sich die IG-Metall etwas zu leicht gemacht hat. Das mag wohl daran liegen, daß bei der IG-Metall die Begriffe "Hennecke-Aktivist" und "Aktivist" keineswegs klar sind".

Nicht ohne Interesse sind auch die folgenden Feststellungen: "Wenn man aus der Ilseburger Tagung einige Schlußfolgerungen zieht, so ist das Ergebnis wenig befriedigend... Auf der erweiterten Landesvorsitzung des FDGB in Halle lagen die Dinge ähnlich... Es ist nicht mit einer EntschlieÙung getan, die vom Sekretariat entwickelt und vom Vorstand ohne Stellungnahme gebilligt wird".

Ein Brief der Partei der Arbeit

sp. In einem sehr ausführlichen Bericht an ihre Bruderparteien zur Frage des indonesischen Konfliktes schreibt die holländische Partei der Arbeit, die maßgebliche Regierungspartei, u.a.:
...daß seit dem Juli 1948 entgegen den Bestimmungen des Waffenstillstandes mehr als 10.000 Waffenträger aus der Republik in das durch die Niederlande besetzte Gebiet eingedrungen sind. Viele hunderte von Indonesiern, darunter allein 300 Staatsbeamte, seien ermordet worden. "Die niederländische Regierung ist sich dessen bewußt, daß die republikanische Propaganda im erheblichen Umfang den Eindruck zu erwecken wußte, als stünde in diesem Kampf eine europäische koloniale Macht gegenüber einer Einheit der nach Freiheit dürstenden indonesischen Völkern. In Wirklichkeit ist es völlig anders. Dem unhaltbaren und unduldbaren Zustand des Plünderns und Mordens, dessen sich bewaffnete Banden und reguläre Truppen aus der Republik schuldig machten, mußte ein Halt geboten werden. Es mußte eine Lösung erzwungen werden, nachdem der mit soviel Geduld beschrittene Weg der Verständigung kein Ergebnis zu zeitigen vermochte".

(1/141/hs)

Verantwortlich: Peter Raunau.